

Machen Sie mobil!

Kampagne: „Gesundheitsfonds – So nicht!“

Die bayerischen Zahnärzte müssen nicht hinnehmen, dass ihre Honorare um 22 Prozent gesenkt werden. Wenn sich alle Zahnärzte – im Schulterschluss mit anderen Heilberufen und mit den Kollegen aus Baden-Württemberg – aktiv gegen den Fonds wehren, haben sie eine Chance, den Fonds zu verhindern. Schließlich sind Ärzte und Zahnärzte mit ihren Patientenkontakten als Multiplikatoren nicht zu unterschätzen. Das Rüstzeug haben die bayerischen Vertragszahnärzte an die Hand bekommen – mit der Kampagne „Gesundheitsfonds – So nicht!“

Niemand will den Gesundheitsfonds – mit Ausnahme von Angela Merkel und Ulla Schmidt. Der einzige Grund, weshalb die Kanzlerin und die Bundesgesundheitsministerin an ihrer Entscheidung für den Fonds festhalten: Sie fürchten den Gesichtsverlust. Doch noch auffälliger und hässlicher als ein verlorenes Gesicht dürfte der Makel einer verschlechterten Gesundheitsversorgung wirken – zumindest wenn Patienten, Ärzte und Zahnärzte mit dem Finger auf diesen Makel zeigen. Der Gesundheitsfonds soll 2009 – also kurz vor der Bundestagswahl – starten. Wird er auf Biegen und Brechen eingeführt, ist er nach der Wahl nur schwer wieder rückgängig zu machen. Möglich wäre jedoch ein Aufschub. Nach der Wahl ist, je nach Regierungskoalition, alles wieder völlig offen. Aufgeregtheit herrscht bei der CSU und SPD in Bayern, weil sie fürchten, bereits bei der Landtagswahl am 28. September dieses Jahres auf gut bayerisch dafür abgewatscht zu werden, dass Union und Sozialdemokraten in Berlin den Gesundheitsfonds ausgekartelt hatten. Eine klare Absage hat die CSU dem Gesundheitsfonds bislang nicht erteilt. Die Bayern-SPD schon, doch sie fordert stattdessen die sogenannte „Bürgerversicherung“ – gemeint ist die gesetzliche Zwangsversicherung für alle Bürger.

Breite Allianz der Heilberufe

Angesichts dieser Nervosität von Union und SPD kann es durchaus wirkungsvoll sein, wenn Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten und Apotheker aus den südlichen Bundesländern mobil machen und ihre Patienten über die Folgen des Gesundheitsfonds aufklären, denn der Gesundheitsfonds be-

KASSENZAHNÄRZTLICHE VEREINIGUNG BAYERNS

kzvb

STOP
Bitte warten Sie
bis Ihre Nummer
728
aufgerufen wird.
Danke!

Diese Behandlung möchte Ihnen Ihr Zahnarzt gerne ersparen.

Doch er könnte bald dazu gezwungen sein. Denn durch den geplanten Gesundheitsfonds steht den Ärzten und Zahnärzten in Bayern erheblich weniger Geld für die Versorgung ihrer Patienten zur Verfügung. Daher bleibt vielen Ärzten und Zahnärzten gar nichts anderes übrig, als mehr Patienten in der gleichen Zeit zu behandeln. Gleichzeitig steigen Ihre Krankenversicherungsbeiträge auf voraussichtlich über 15 Prozent.

Ärzte, Zahnärzte und Patienten sagen daher „Nein“ zum Gesundheitsfonds in der geplanten Form. Unterstützen auch Sie unser gemeinsames Anliegen. Wie einfach das geht, steht im Internet unter www.gesundheitsfonds-so-nicht.de

**Gesundheitsfonds
so nicht!**

Partner der Initiative:

Logo of the initiative partners, including KVB, KVBW, and KZVBW.

Der große Aderlass

- In den bayerischen Arzt- und Psychotherapeutenpraxen ist mit einem Budgetverlust von bis zu 500 Millionen Euro pro Jahr zu rechnen, das entspricht etwa 10 Prozent des derzeitigen ambulanten Budgets.
- Der zahnmedizinischen Versorgung in Bayern könnten im schlimmsten Fall bis zu 280 Millionen Euro pro Jahr entzogen werden. Dies entspricht 22 Prozent der Gesamtvergütung für zahnhalternde Maßnahmen.



deutet: mehr zahlen – weniger bekommen. Schließlich zahlen Bayerns Versicherte aufgrund der vergleichsweise geringen Arbeitslosigkeit und höheren Löhne mehr Geld in die gesetzliche Krankenversicherung ein als Versicherte aus anderen Bundesländern. Das Gleiche gilt für den Gesundheitsfonds – mit dem Unterschied, dass dieses Geld nicht mehr in voller Höhe für die medizinische Versorgung in Bayern zur Verfügung steht. Wenn der Fonds kommt, fließt das Geld der Krankenkassen zu einem erheblichen Teil in andere Bundesländer ab. Der Gesundheitsfonds gefährdet die qualitätsorientierte, wohnortnahe medizinische und zahnmedizinische Versorgung der Patienten in Bayern. Die Leidtragenden der Reformpläne sind die Patienten. Grund für die Heilberufe, aktiv zu werden. So starteten die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB), die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns (KZVB), die bayerischen Kammern der Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Psychotherapeuten, der Verband Freier Berufe in Bayern e.V. ihre Kampagne „Gesundheitsfonds – So nicht!“ Verschiedene Körperschaften und Organisationen der Ärzte und Zahnärzte aus Baden-Württemberg, darunter die dortige Kassenärztliche und die Kassenzahnärztliche Vereinigung, schlossen sich an, denn auch aus dem Gesundheitswesen im Nachbarbundesland droht Geld aus dem Gesundheitswesen abzufließen.

„Weitere Rationierung wäre unethisch“

An einem Vormittag im Mai war das Wartezimmer in der Bereitschaftspraxis im Münchner Elisenhof brechend voll – nicht mit Notfallpatienten, sondern mit Medienvertretern. Die Initiatoren und Partner der Kampagne gaben eine Pressekonferenz

zum Auftakt der Kampagne „Gesundheitsfonds – So nicht!“ Der KVB-Vorsitzende Dr. Axel Munte warnte, der Fonds führe zu erheblichen Umsatzeinbußen in den Praxen. Er bahnte den Weg in „eine Einheitsmedizin mit einer Krankenkasse und vielen angestellten Ärzten und Psychotherapeuten. Freiberuflichkeit und freie Arztwahl wären passé!“ Der stellvertretende Vorsitzende der KZVB, Dr. Martin Reißig, verdeutlichte gegenüber den Journalisten: „Wenn die Gesundheitspolitiker den eingeschlagenen Weg weiter verfolgen, dann haben wir bald Verhältnisse wie in England, dessen staatlich gelenktes Gesundheitswesen berühmt-berüchtigt ist für seinen katastrophalen Zustand.“ Immer wieder sei in den Zeitungen zu lesen, dass Engländer monatelang auf eine Zahnbehandlung warten müssen und deshalb selbst zur Rohrzanze greifen, um sich einen schmerzenden Zahn zu ziehen. Reißig stellte klar: „Das ist nicht die Zahnmedizin, die wir uns für unsere Patienten wünschen. Eine weitere Rationierung zahnmedizinischer Leistungen dürfen wir nicht hinnehmen. Das wäre unethisch.“

Die Kampagne geht weiter ...

Inzwischen sind viele Ärzte und Zahnärzte aktiv geworden. Sie haben die Kampagnenplakate in ihren Wartezimmern aufgehängt, Flyer an ihre Patienten verteilt und Unterschriften gesammelt. Besonders wirkungsvoll ist auch das persönliche Gespräch mit den Patienten. Heilberufe genießen ein besonders hohes Vertrauen in der Bevölkerung. Wichtig ist, dass den Patienten deutlich vor Augen geführt wird, welche Auswirkungen der Gesundheitsfonds auf ihre persönliche medizinische und zahnmedizinische Versorgung hat. Anregungen

zum Patientengespräch haben alle Vertragszahnärzte in einer Broschüre mit dem Kampagnenmaterial erhalten. Der zweite Schritt – nach der Information – ist die Mobilisierung. Mit der Unterschriftenliste haben Patienten die Möglichkeit, aktiv bei der Kampagne mitzumachen und sich gegen den Gesundheitsfonds zu wehren. Die Stimme als Patient zu erheben, bedeutet zugleich, die Stimme als Wähler zu erheben. Daraus ergibt sich ein großer Einfluss auf die Politik.

Unterschriftenliste voll – ab ins Fax

Die KZVB bleibt am Ball: Weitere Schritte der Kampagne sind geplant, beispielsweise eine Bürger-

befragung und eine weitere Pressekonferenz in der zweiten Juli-Woche mit einer Zwischenbilanz der Unterschriftenaktion. Die Unterschriften werden auch immer zeitnah auf der Kampagnen-Homepage www.gesundheitsfonds-so-nicht.de veröffentlicht. Daher ist es wichtig, dass die Praxen jede volle Unterschriftenliste möglichst sofort an die KZVB faxen oder schicken.

Julika Sandt

Sie brauchen **weitere Materialien**? Gerne schickt die KZVB Ihnen das Gewünschte zu – schnell und kostenlos. Im Internet unter www.kzvb.de können Sie die Materialien bestellen oder herunterladen.

Weniger Staat – mehr Transparenz

Die Bayerische Landeszahnärztekammer (BLZK) ist Partner der Kampagne „Gesundheitsfonds – So nicht!“ Der Gesundheitsfonds ist „in jedem Falle untauglich“, die bekannten Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu lösen. Zu diesem Ergebnis kommt das Gutachten „Umsetzung und empirische Abschätzung der Übergangsregelungen zur Einführung des Gesundheitsfonds“ vom April 2008 (Prof. Dr. Jürgen Wasem, Dr. Florian Buchner und Prof. Dr. Eberhard Wille). Dem schließt sich die Bayerische Landeszahnärztekammer ausdrücklich an.

Die ökonomischen Folgen des Fonds: Zwischen den Krankenkassen gibt es keinen Wettbewerb mehr, regionale Besonderheiten in Bayern werden nicht mehr beachtet. Stattdessen wächst die Bürokratie, die mit dem neuen Finanzierungsinstrument Gesundheitsfonds verbunden ist. BLZK-Präsident Michael Schwarz: „Wir verlangen ein Ende staatlicher Gängelei durch immer neue Auflagen.“

Die BLZK kritisiert, dass zeitgleich mit dem Gesetzesbeschluss über den Gesundheitsfonds auch Aufgaben zen-

tralisiert und verstaatlicht wurden, die bisher die Selbstverwaltung verantwortete. Selbstverantwortung und Selbstverwaltung, freie Berufsausübung und freie Arztwahl gehören zu dem Gesundheitssystem, für das die BLZK eintritt. Nicht zuletzt aus diesem Grund fordert die Kammer mehr Transparenz bei der Abrechnung medizinischer Leistungen, beispielsweise durch den Ausbau und die Erweiterung der Kostenerstattungsmodelle in der GKV.

Insgesamt stellt sich die Frage, wie das Gesundheitssystem in Deutschland zukunftsfest gemacht werden kann. Der medizinische Fortschritt sowie steigende Lebenserwartungen und sinkende Geburtenzahlen erfordern eine breite gesellschaftliche Debatte. Dieser Anforderung wird die Politik jedoch nicht gerecht mit immer neuen Eingriffen in die Autonomie der Versicherten und Leistungsträger. Der Gesundheitsfonds, an dem die Bundesregierung wider besseren Wissens festhält, ist daher auch ein Beleg für das Scheitern fortwährender Interventionen des Gesetzgebers.

Linda Quadflieg



Ärzte, Apotheker, Zahnärzte und Psychotherapeuten bilden eine breite Allianz gegen den Gesundheitsfonds.